

Im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Demonstration zum Gedächtnis an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17.1.'88 in Berlin, wurden in verschiedenen Artikeln des ND Kommentare veröffentlicht, deren Inhalte auf eine Verunglimpfung von Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen in der DDR abzielen.

Hier unser Standpunkt zu einigen Aspekten dieser Propaganda:

1. Wir vertreten nicht bundesdeutsche Interessen; sondern versuchen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen, die vom Staat nur ungenügend bewältigt worden, nachdem er sie zum Teil selbst verursacht hat!
Genannt seien hier als Beispiel das Problem der völlig alternativfreien allgemeinen Wehrpflicht, sowie das Problem der freien und öffentlichen Meinungsäußerung.
Die Äußerung, daß derjenige, der die Musik bezahlt, auch bestimmt, was und für wen gespielt wird, ist eine Herabwürdigung internationaler Solidarität. Wir werden nicht bezahlt, sondern solidarisch unterstützt. Und um bei Ihrem Bild zu bleiben: Auch wenn wir uns Instrumente schicken lassen (da sie bei uns nicht erhältlich sind), bestimmen wir selbst, was gespielt wird. Und was die Frage der "geheimdienstlichen Tätigkeit" angeht; der einzige Geheimdienst, der mit uns von Zeit zu Zeit kontaktiert, ist das MfS der DDR.
2. Der Vergleich mit faschistoiden Gruppen stellt eine Verleumdung ehrlich engagierter Bürger dar. Wir fordern eine Richtigstellung im "Neuen Deutschland".
3. Das betrifft auch Ihre Äußerung zu kirchlichen Aktivitäten. Die Kirche läßt sich nicht mißbrauchen, sondern nimmt demokratische Funktionen wahr, die eigentlich Sache des sozialistischen Staates wären.
4. Außerdem weisen wir daraufhin, daß Menschenrechtsverletzungen in Ost und West nicht gegeneinander aufrechenbar sind. Soziale und politische Probleme in der BRD dürfen nicht ablenken von den u n s e r e n, denn deren Anerkennung und Bewältigung ist für die Entwicklung unserer Gesellschaft ausschlaggebend.

Abschließende Erklärung

Die "Freiheit der Andersdenkenden" kann jeder für sich in Anspruch nehmen, der sie Vertretern anderer Positionen ebenso zubilligt. Dieses Prinzip kann nicht darum verworfen werden, weil es zum Beispiel von Faschisten abgelehnt wird. Es bildet die Grundlage für die politische und gesellschaftliche Entwicklung durch freien Meinungs Austausch und offene Kritik.
Erst durch dieses Prinzip wird die Kultur des politischen Strittes in unserem Lande möglich, und die ist nicht nur für den Streit der Systeme, sondern auch für die Entwicklung unserer Gesellschaft nötig.

Dresden, den 10.2.1988

Autonomer Arbeitskreis
Wolfepolz